

Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel



Europabericht 06/2006
vom 29.03.2006

EUROPABERICHT Nr.: 06/2006Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Geschäftsbereich Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament**EUROPÄISCHER RAT VOM 23./24. MÄRZ 2006: POLITISCHE SCHWERPUNKTE**

Der Frühjahrsgipfel des Europäischen Rates vom 23./24. März 2006 hat, etwas überraschend, weitere konkrete quantitative Ziele für die Umsetzung der Lissabon-Strategie wie die Schaffung von jährlich zwei Millionen neuer Arbeitsplätze beschlossen. Ein Schwerpunkt soll hierbei auf der Förderung der kleineren und mittleren Unternehmen (KMU) liegen. Im Bereich der Energiepolitik forderte der Europäische Rat eine vertiefte Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten und aller betroffenen Europäischen Institutionen und kündigte die Annahme eines Aktionsplans auf dem Frühjahrsgipfel 2007 unter Deutscher Ratspräsidentschaft an. Im Hinblick auf die umstrittene Dienstleistungsrichtlinie forderte der Europäische Rat dazu auf, den Kompromiss des Europäischen Parlaments dem weiteren gesetzgeberischen Verfahren zu Grunde zu legen und dieses alsbald abzuschließen (siehe auch die Beiträge aus den Ressorts). In einer Erklärung zu Weißrussland verurteilte der ER das Vorgehen gegen die Demonstranten und beschloss die Ergreifung restriktiver Maßnahmen wegen der Verletzung internationaler Wahlstandards auch gegen Präsident Lukaschenko.

http://ue.eu.int/cms3_applications/applications/newsRoom/loadBook.asp?BID=76&LANG=4&cmsid=347

STRATEGIEPLANUNG DER KOMMISSION FÜR 2007: POLITISCHE SCHWERPUNKTE

Die Kommission hat am 14.03.2007 ihre jährliche Strategieplanung für 2007 unter dem Motto „Durch Handeln das Vertrauen stärken“ mit den bereits bekannten Schwerpunkten Wohlstand, Solidarität, Sicherheit und Freiheit sowie Europa als Partner in der Welt vorgelegt. Alle neuen Initiativen sollen den Grundsätzen der Europäischen Governance und der besseren Rechtsetzung, insbesondere der Gesetzesfolgenabschätzung, genügen (siehe auch die Beiträge aus den Ressorts).

http://europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/com/2006/com2006_0122de01.pdf

BAYERISCHES KABINETT TAGT ERSTMALS IN BRÜSSEL

Unmittelbar im Vorfeld des Frühjahrsgipfels tagte das Bayerische Kabinett unter Leitung von Ministerpräsident Dr. Stoiber am 21.03.2006 erstmalig in der Bayerischen Vertretung in Brüssel. Im Anschluss daran lud Kommissionspräsident Barroso das Kabinett zu einem Meinungsaustausch in Rahmen eines Mittagessens in das Berlaymont ein. Am Nachmittag folgten individuelle Gespräche des Ministerpräsidenten und der Kabinettsmitglieder mit Vertretern des Rates, des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission.

EP: WESENTLICHE ERGEBNISSE DER PLENARSITZUNG VOM 13.-16. MÄRZ 2006 IN STRASSBURG

Zu den wichtigsten Ergebnissen des Plenums gehören die Entschlüsse, in denen sich das EP für eine verstärkte Berücksichtigung der Aufnahmefähigkeit der EU bei zukünftigen Erweiterungen und gegen EU Mittel für Standortverlagerungen ausspricht. Weitere Entschlüsse betreffen die Forderungen des Europäischen Parlaments zur Umsetzung der revidierten Lissabon-Strategie, das Europäische Aktionsprogramm für Gesundheit, mehr Anstrengungen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung bis 2010, die Einrichtung des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen bis 2007 sowie das Problem der Fußball-WM und der Zwangsprostitution (siehe auch die Berichte aus den Ressorts).

http://www.europarl.eu.int/news/expert/briefing_page/6109-075-03-11-20060310BRI06068-16-03-2006-2006/default_de.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium des Inneren

STRATEGIEPLANUNG DER KOMMISSION FÜR 2007: GESCHÄFTSBEREICH DES STAATSMINISTERIUMS DES INNEREN

Die Kommission nennt „Einwanderung und Grenzkontrollen“ als wichtigste innenpolitische Frage, weil „die Abschaffung der Kontrollen an den Grenzen zu den und zwischen den neuen Mitgliedstaaten und die Ausdehnung des Schengen-Gebiets anstehen, sobald feststeht, dass die notwendigen Voraussetzungen geschaffen und die flankierenden Maßnahmen getroffen wurden“. Daneben werden der Start des neuen Schengener Informationssystem und des Visainformationssystems sowie ein Grünbuch zur Festlegung der zweiten Phase des gemeinsamen europäischen Asylsystems genannt.

FÜHRERSCHEINRICHTLINIE: DEUTSCHLAND LENKT BEI UMTAUSCHPFLICHT EIN

Deutschland hat signalisiert, beim Verkehrsministerrat am 27.03.2006 eine Einigung über die 3. Führerscheinrichtlinie nicht länger zu blockieren. Bei Fertigstellung dieses Europaberichts war eine nahezu einhellige Unterstützung im Verkehrsministerrat am 27.03.2006 und eine Zustimmung des Europäischen Parlaments zum Kompromisspaket des österreichischen Vorsitzes (Umtausch von Altführerscheinen innerhalb von 26 Jahren, Befristung neuer Führerscheindokumente auf höchstens 15 Jahre) zu erwarten.

KOMMISSION STARTET KONSULTATION ZUR ÄNDERUNG DER BAUPRODUKTENRICHTLINIE

Die Kommission hat eine öffentliche Anhörung zu einer Reform der Bauproduktenrichtlinie aus dem Jahr 1989 eingeleitet. Die Richtlinie soll künftig einfacher und präziser gefasst werden. An der öffentlichen Konsultation können bis zum 31. Mai 2006 alle interessierten Stellen teilnehmen.

http://europa.eu.int/comm/enterprise/construction/cpdrevision/cpd_cons_de.htm

PLENARTAGUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS: INNENPOLITIK

1. Mehr Geld für Katastrophenschutz gefordert
2. Kampf gegen Zwangsprostitution bei Sportveranstaltungen gefordert

<http://www.europarl.eu.int/activities/expert/ta.do?WS=10&SV=20&language=DE>

KOMMISSION ÄNDERT IHREN VORSCHLAG ZUR EINHEITLICHEN GESTALTUNG VON AUFENTHALTSTITELN

Die Kommission hatte 2003 Vorschläge zur Änderung der einheitlichen Gestaltung von Visa- und Aufenthaltstiteln für Drittstaatsangehörige und zur Aufnahme biometrischer Identifikatoren unterbreitet. In der Folgezeit ergaben sich jedoch technische Schwierigkeiten. Aufenthaltstitel sollen nach dem jetzt geänderten Vorschlag der Kommission künftig nicht mehr als Aufkleber in Reisedokumenten, sondern als eigene Karten erteilt werden.

http://europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/com/2006/com2006_0110de01.pdf

2005 ERNEUT WENIGER ASYLANTRÄGE

Laut UNHCR wurden auch 2005 weniger Asylanträge gestellt als in den Vorjahren: in Deutschland 28.914 gegenüber 35.600 im Jahr 2004 (-18,8%) und EU-weit 237.840 gegenüber 279.860 im Jahr 2004 (-15%). UNHCR betont, die Zahl habe sich seit 2001 halbiert und den niedrigsten Stand seit 20 Jahren erreicht. Deutschland stand bei den Hauptzielländern wie 2003 und 2004

nach Frankreich, den Vereinigten Staaten und Großbritannien an vierter Stelle. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl steht Deutschland unter den EU Staaten an 17. Stelle.

<http://unhcr.de/pdf/581.pdf>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz

PLENARTAGUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS VOM 13.-16.03.2006: JUSTIZ- UND RECHTSPOLITIK:

1. **Zweite Gesellschaftsrechtsrichtlinie:** Einigung in 1. Lesung
2. **Evaluierung des Europäischen Haftbefehls:** Empfehlung des EP

<http://www.europarl.eu.int/activities/expert/ta/calendar.do?language=DE>

MINIPLNARTAGUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS AM 22./23.03.2006: JUSTIZ- UND RECHTSPOLITIK

1. **Europäisches Vertragsrecht:** Entschließung zum weiteren Vorgehen
2. **Abkommen EG/Dänemark im Bereich des Zivilrechts:** Zustimmung

<http://www.europarl.eu.int/activities/expert/ta/calendar.do?language=DE>

STRATEGIEPLANUNG DER KOMMISSION FÜR 2007: GESCHÄFTSBEREICH DES STAATS-MINISTERIUMS DER JUSTIZ

Die Europäische Kommission hat am 14.03.2006 ihre Mitteilung „Jährliche Strategieplanung für 2007 – durch Handeln das Vertrauen stärken“ vorgelegt. Für den Bereich der Justiz- und Rechtspolitik werden verschiedene Schlüsselinitiativen im Rahmen der strategischen Ziele Wohlstand, Solidarität und Sicherheit angekündigt.

http://europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/com/2006/com2006_0122de01.pdf

EUGH-URTEIL ZUR AUSLEGUNG DES GRUNDSATZES NE BIS IN IDEM IN ARTIKEL 54 SDÜ

Der Europäische Gerichtshof hat sich am 9.03.2006 in dem Vorlageverfahren C-436/04 (Van Esbroeck) zur Auslegung des Grundsatzes ne bis in idem in Artikel 54 des Schengener Durchführungsübereinkommens (SDÜ) geäußert.

<http://curia.eu.int/jurisp/cgi->

[bin/form.pl?lang=de&Submit=Suchen&alldocs=alldocs&docj=docj&docop=docop&docor=docor&d](http://curia.eu.int/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de&Submit=Suchen&alldocs=alldocs&docj=docj&docop=docop&docor=docor&d)

ocjo=docjo&numaff=C-436%2F04&datefs=&datefe=&nomusuel=&domaine=&mots=&resmax=100

EUGH VERNEINT AUFHEBUNGSPFLICHT FÜR RECHTSKRÄFTIGE URTEILE AUCH BEI EINEM VERSTOß GEGEN GEMEINSCHAFTSRECHT

Der Europäische Gerichtshof hat am 16.03.2006 in dem Vorlageverfahren C-234/04 (Rosmarie Kapferer) entschieden, dass ein nationales Gericht nicht zur Überprüfung und Aufhebung einer rechtskräftig gewordenen gerichtlichen Entscheidung verpflichtet ist, auch wenn diese gegen Gemeinschaftsrecht verstößt.

<http://curia.eu.int/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de&Submit=Suchen&alldocs=alldocs&docj=docj&docop=docop&docor=docor&ocjo=docjo&numaff=C-234%2F04&datefs=&datefe=&nomusuel=&domaine=&mots=&resmax=100>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

EUROPÄISCHER RAT VOM 23./24.03.2006: GESCHÄFTSBEREICH DES STAATSMINISTERIUMS DER FINANZEN

Die Staats- und Regierungschefs betonten die Notwendigkeit einer schnellen Einigung auf die finanzielle Vorausschau und forderten die Mitgliedstaaten auf, solide und langfristig tragfähige öffentliche Finanzen zu gewährleisten.

http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/89030.pdf

FINANZIELLE VORAUSSCHAU: EP FORDERT ZUSÄTZLICHE 12 MRD. €

Bei den Verhandlungen zwischen Rat, Kommission und EP über die künftigen finanzielle Vorausschau 2007 – 2013 wurden am 21. März 2006 zwar einige Fortschritte erzielt, der Durchbruch jedoch noch nicht erreicht. Fortschritte sind im Hinblick auf die Zusammenarbeit zwischen den Institutionen und bei den Rechten des Parlaments erzielt worden. Über die Flexibilität und die Mittelausstattung haben sich die Verhandlungsparteien hingegen noch nicht geeinigt. Zusätzlich zu dem Kompromiss der Staats- und Regierungschefs über eine Finanzausstattung in Höhe von 862 Mrd. € im Dezember erachtet das EP weitere 12 Mrd. € für erforderlich. Die nächste Sitzung findet am 4. April 2006 statt.

VORSCHLAG FÜR EINEN NEUEN EIGENMITTELBESCHLUSS

Die Kommission hat am 08.03.2006 einen Vorschlag für einen neuen Eigenmittelbeschluss vorgelegt. Darin möchte sie die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 15./16.12.2005 im Bereich der Eigenmittel umsetzen und den derzeit geltenden Eigenmittelbeschluss in einigen Punkten an die seit seiner Annahme durch den Rat im September 2000 eingetretenen Entwicklungen anpassen sowie einige rechtliche und sprachliche Änderungen vornehmen. Diese Änderungen betreffen u. a. den Mehrwertsteuerabzugsatz, den Britenrabatt sowie Beitragsrabatte für Schweden und die Niederlande.

http://europa.eu.int/comm/budget/documents/revenue_expenditure_de.htm

ECOFIN VERSCHÄRFT DEFIZITVERFAHREN GEGEN DEUTSCHLAND

Wie erwartet hat der Ecofin-Rat am 14.03.2006 Deutschland gemäß Artikel 104 Abs. 9 des EG-Vertrages mit der Maßgabe in Verzug gesetzt, das übermäßige Defizit bis spätestens 2007 zu korrigieren.

ZEITLICHE BEGRENZUNG DER WIRKUNG AUFKOMMENSCHÄDLICHER EUGH-URTEILE

In dem Vorabentscheidungsverfahren C-475/03 (Banca Popolare di Cremona) bejaht die Generalanwältin Stix-Hackl am 14. März 2006 in den zweiten Schlussanträgen wie zuvor auch Generalanwalt Jacobs das Vorliegen der Voraussetzungen für eine Beschränkung der zeitlichen Wirkung des Urteils und setzt die zeitlichen Wirkungen erst für die Zukunft fest.

<http://curia.eu.int/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=rechercher&numaff=C-475/03>

KONSULTATION ZU MEHRWERTSTEUERPFLICHTEN FÜR FINANZDIENSTLEISTUNGEN UND VERSICHERUNGSLEISTUNGEN

Die Kommission hat am 14.03.2006 ein Konsultationspapier zur Modernisierung der Mehrwertsteuerpflichten für Finanzdienstleistungen und Versicherungsleistungen vorgelegt. Sie wirft darin die Frage auf, ob die in der Sechsten Mehrwertsteuerrichtlinie vorgesehene Befreiung der Finanzdienst- und Versicherungsleistungen von der Mehrwertbesteuerung heute noch zeitgemäß ist. Die interessierten Kreise können dazu bis zum 9. Juni 2006 Stellung nehmen.

http://europa.eu.int/comm/taxation_customs/article_2447_en.htm

UNTERNEHMENSÜBERTRAGUNGEN

Im Rahmen der Lissabonstrategie verabschiedete die Kommission am 14.03.2006 eine Mitteilung mit dem Titel „Umsetzung des Lissabonprogramms der Gemeinschaft für Wachstum und Beschäftigung – Unternehmensübertragung – Kontinuität durch Neuanfang“. Darin schlägt sie Verbesserungen in vier Bereichen vor: Die Mitgliedstaaten sollen die steuerlichen Rahmenbedingungen so gestalten, dass eine Unternehmensnachfolge erleichtert wird. Die Finanzierung von Übernahmen soll verbessert werden. Der Markt für zum Verkauf stehende Unternehmen soll transparenter werden. Unternehmer, die einen Nachfolger suchen, sollen sich besser informieren können.

http://www.europa.eu.int/comm/enterprise/entrepreneurship/support_measures/transfer_business/index.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

EUROPÄISCHER RAT VOM 23./24.3.2006: GESCHÄFTSBEREICH DES STAATSMINISTERIUMS FÜR WIRTSCHAFT, INFRASTRUKTUR, VERKEHR UND TECHNOLOGIE

Die Regierungschefs waren sich am 23.3.2006 darin einig, eine Neuausrichtung der Energiepolitik mit den Schwerpunkten Nachhaltigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit anzustreben. Sie legten den Streit über die Dienstleistungsrichtlinie bei und verständigten sich auf eine weitere Förderung der kleineren und mittleren Unternehmen.

Schlussfolgerungen des Rates:

http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/89030.pdf

EUROPÄISCHES PARLAMENT FORDERT MEHR GEMEINSAMKEIT UND SOLIDARITÄT IN DER ENERGIEPOLITIK

Das Europäische Parlament hat am 23.3.2006 anlässlich des EU-Gipfels in Brüssel eine gemeinsame solidarische EU-Energiepolitik gefordert. Nachhaltige Energieträger müssten gezielt gefördert, die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen drastisch gesenkt und der EU-Binnenmarkt für Elektrizität und Gas vollendet werden.

RAT WETTBEWERBSFÄHIGKEIT: POLITIK FÜR KLEINE UND MITTLERE UNTERNEHMEN (KMU) IM FOKUS

Im Fokus des Rates Wettbewerbsfähigkeit in seiner Sitzung am 13.03.2006 war die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen in der EU auf Basis der entsprechenden Mitteilung der Europäischen Kommission vom 15.11.2005. Der Rat kam überein, dass das Motto „Denk zuerst an die Kleinen (Think Small First)“ das grundlegende Prinzip auf allen Entscheidungsebenen sein sollte.

Schlussfolgerungen des Rates:

http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressdata/en/intm/88778.pdf

BUNDESWIRTSCHAFTSMINISTER GLOS PRÄSENTIERT SEINE EUROPAPOLITISCHEN GRUNDSÄTZE IN DER BAYERISCHEN VERTRETUNG

Bundeswirtschaftsminister Glos hat am 13.03.2006 im Anschluss an den Rat Wettbewerbsfähigkeit seine europapolitischen Grundsätze im Bereich Wirtschafts- und Technologiepolitik in der Bayerischen Vertretung vorgestellt. Er unterstrich die Bedeutung des europäischen Binnenmarktes und der Internationalisierung für die deutsche Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit.

RAT ENERGIE: UNTERSTÜTZUNG FÜR EU-ENERGIEPOLITIK

Der Rat (Verkehr, Telekommunikation, Energie) diskutierte auf einer Sondersitzung am 14.03.2006 über das Grünbuch der Europäischen Kommission zu einer neuen Energiepolitik für Europa. Der Rat war sich einig, dass die neue Politik zur Versorgungssicherheit, wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und ökologischen Nachhaltigkeit beitragen sollte, ohne dabei aber in die nationalen Zuständigkeiten einzugreifen.

http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressdata/en/trans/88787.pdf

EUROPÄISCHES PARLAMENT: KEINE EU-FÖRDERMITTEL FÜR BETRIEBS-VERLAGERUNGEN

Das Europäische Parlament hat am 14.03.2006 einen Bericht verabschiedet, nach dem es für Standortverlagerungen innerhalb der Europäischen Union keine EU-Fördermittel geben soll. Im Falle der zweckwidrigen Verwendung sollten die Fördermittel zurückgezahlt werden. Zudem sollen Unternehmen, die Standorte innerhalb der EU verlagern, für mindestens sieben Jahre weder EU-Strukturförderung noch staatliche Beihilfen erhalten.

<http://www.europarl.eu.int/activities/expert.do?language=DE>

EUROPÄISCHE KOMMISSION: ÜBERTRAGUNG VON UNTERNEHMEN SOLL VEREINFACHT WERDEN

Im Rahmen ihrer neuen Strategie zur KMU-Förderung hat die Kommission am 14.3.2006 vorgestellt, wie sie Probleme bei der Übertragung von Unternehmen lösen will. Sie ruft die Mitgliedstaaten dazu auf, die Übertragung eines Unternehmens steuerlich zu begünstigen, geeignete Finanzierungsbedingungen zu schaffen und transparente Börsen für Unternehmensübertragungen bereitzustellen. (S. auch Geschäftsbereich des StMF)

<http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/06/307&type=HTML&aged=0&language=FR&guiLanguage=en>

EUROPÄISCHE KOMMISSION: KONSULTATION ZUM AUFSICHTSRECHTLICHEN GENEHMIGUNGSVERFAHREN

Die Europäische Kommission hat am 16.3.2006 eine Konsultation zur Verbesserung des aufsichtsrechtlichen Genehmigungsverfahrens für Fusionen und Übernahmen im Banken- Versicherungs- und Wertpapiersektor veröffentlicht. Auf der Grundlage der Antworten wird die Kommission im Sommer 2006 einen Bericht herausgeben, dem ggf. Vorschläge zur Änderung der geltenden Rechtsvorschriften folgen werden. Beiträge können mittels Online-Fragebogen bis zum 19.4.2006 eingereicht werden.

http://europa.eu.int/comm/internal_market/finances/cross-sector/consultation_de.htm

EUROPÄISCHE KOMMISSION: SCHWARZE LISTE MIT UNSICHEREN FLUGGESELLSCHAFTEN VERÖFFENTLICHT

Die Europäische Kommission hat am 22.3.2006 eine erste Liste von Luftfahrtunternehmen veröffentlicht, denen der Flugbetrieb in der Europäischen Union untersagt ist. Die Liste enthält 92 Luftfahrtunternehmen, denen der Flugbetrieb in Europa vollständig untersagt ist und drei Luftfahrtunternehmen, für deren Flugbetrieb Beschränkungen gelten. Nunmehr gilt der Grundsatz, dass Luftfahrtunternehmen, denen der Betrieb in einem Mitgliedstaat untersagt wurde, in ganz Europa Flugverbot haben.

http://europa.eu.int/comm/transport/air/safety/doc/flywell/2006_03_22_flywell_list_en.pdf

VOGELGRIPPE - MARKTMAßNAHMEN

Kommissarin Fischer-Boel stellte im letzten Agrarrat (20. März 2006) fest, dass die Situation auf dem europäischen Geflügelmarkt als Krise zu bezeichnen ist. Vor diesem Hintergrund beabsichtigt die Kommissarin, in einem beschleunigten Verfahren („Fast-Track-Verfahren“) die Gemeinsame Marktorganisation für Geflügelfleisch (VO (EWG) 2777/75) zu ändern, um den Mitgliedstaaten eine Möglichkeit zu eröffnen, auf die Marktkrise zu reagieren. Die Beratung des geplanten Kommissionsvorschlags soll bereits im April erfolgen.

PODIUMSDISKUSSION IN DER BAYERISCHEN VERTRETUNG ZUM THEMA LANDWIRTSCHAFT UND AUßENHANDEL

In der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU fand zum Thema „Landwirtschaft und Außenhandel – erfolgreiche Partner auf dem Weltmarkt“ eine Podiumsdiskussion statt. Teilnehmer waren Bundesminister Seehofer, Staatsminister Miller, der Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels e.V., Herr Börner, weitere Mitglieder des Verbandes sowie ein Vertreter der Kommission. Im Vorfeld der Podiumsdiskussion trafen sich Bundesminister Seehofer und Staatsminister Miller mit Handelskommissar Mandelson zu einem Gespräch. Bei den WTO-Verhandlungen habe die EU im Agrarbereich bereits hinreichende Vorschläge eingebracht, um den Einstieg in die Liberalisierung bei Dienstleistungen und Industriegütern zu ermöglichen. Nun seien die Verhandlungspartner am Zug, weitere Vorleistungen seitens der EU dürfe es nicht geben.

WTO-VERHANDLUNGEN

Auf dem G6-Treffen in London (11.-12. März) wurden kaum Fortschritte erzielt. Die Schlüsselspieler der WTO-Verhandlungen fanden bei ihrem Treffen mit WTO-Generalsekretär Lamy keine neuen Lösungen für die bereits bekannten Konfliktpunkte.

FRANZÖSISCHES MEMORANDUM ZUR ZUKUNFT DER GEMEINSAMEN AGRARPOLITIK

Frankreich hat ein Memorandum über die Zukunft der europäischen Landwirtschaftspolitik veröffentlicht, das von 11 weiteren Mitgliedstaaten unterzeichnet wurde. Deutschland hatte das Papier nicht unterzeichnet. Das Memorandum wurde bei seiner Vorstellung im Agrarrat von allen Mitgliedstaaten positiv aufgenommen. Die Kommission wird die Vorschläge prüfen.

UMSTRUKTURIERUNG DER ZUCKERPRODUKTION IN DER EU

Im Rahmen der Zuckermarktreform soll die EU-Zuckerproduktion entscheidend reduziert werden. In 12 von 25 Mitgliedstaaten kommt es dem Vernehmen nach zur Schließung von Fabriken als Reaktion auf die jüngst beschlossene Zuckermarktreform.

WEINABKOMMEN EU – USA

Am 10. März 2006 wurde in London ein Weinabkommen zwischen den USA und der EU unterzeichnet.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

EUROPÄISCHER RAT VOM 23./24.03.2006: GESCHÄFTSBEREICH DES STAATSMINISTERIUMS FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG, FAMILIE UND FRAUEN

Die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates betonen im Bereich Beschäftigung und Soziales vor allem die Fortgeltung der „Integrierten Leitlinien 2005 bis 2008 für Beschäftigung und Wachstum“. Innerhalb dieses Rahmens werden spezifische Gebiete für die sog. vorrangige Maßnahmen (u. a. im Hinblick auf die Beschäftigung) definiert; darüber hinaus wird akzentuiert, dass die Dynamik innerhalb der Partnerschaft für Wachstum und Beschäftigung aufrecht erhalten bleiben müsse. Der ER fordert die ehrgeizige Verfolgung der vereinbarten und in den Nat. Aktionsplänen selbst gesteckten Zielvorgaben. Auf Druck der österreichischen Ratspräsidentschaft hin wurden weitere quantitative Ziele vereinbart; unter anderem sollen bis zum Jahr 2010 in der Europäischen Union jährlich mindestens zwei Millionen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden.

http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/89030.pdf

BESCHÄFTIGUNGS- UND SOZIALMINISTERRAT: BEITRAG ZUM FRÜHJAHRSGIPFEL

Der Rat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ hat in seiner Sitzung am 10. März 2006 sog. „Schlüsselbotschaften“ für den Frühjahrgipfel des Europäischen Rates am 23./24. März 2006, zum Jahresfortschrittsbericht der Kommission 2006, zum Beschäftigungsbericht sowie zum gem. Sozialschutzbericht 2006 angenommen. Er hat ferner einen gemeinsamen Standpunkt zur Gleichbehandlungs-Konsolidierungsrichtlinie („Recast-Richtlinie“) verabschiedet und die Änderungsrichtlinie zur VO (EWG) Nr. 1408/71 (div. Änderungen 2004) sowie einen „allgemeinen Ansatz“ zur Änderung der VO Nr. 1408/71/EWG (div. Änderungen 2005) angenommen. Zur Kenntnis genommen wurden Berichte der Kommission über den „Fahrplan“ zur Gleichstellung der Geschlechter, zur Gleichberechtigung 2006, zu den demographischen Heraus-

forderungen, zum EU-Globalisierungsfonds sowie zur Anwendung der im Beitragsvertrag festgelegten Übergangsregelungen zur Arbeitnehmerfreizügigkeit.

<http://register.consilium.eu.int/pdf/de/06/st06/st06756.de06.pdf>

<http://register.consilium.eu.int/pdf/de/06/st06/st06759-re01.de06.pdf>

<http://register.consilium.eu.int/pdf/de/06/st06/st06399.de06.pdf>

<http://register.consilium.eu.int/pdf/de/06/st06/st06377.de06.pdf>

DREIGLIEDRIGER SOZIALGIPFEL: SOZIALPARTNER STÄRKER IN STRATEGIE FÜR WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG EINBEZIEHEN

Die Strategie der EU für Wachstum und Beschäftigung erfordert eine stärkere Einbeziehung der Sozialpartner, wie am 23. März 2006 beim dreigliedrigen Sozialgipfel in Brüssel festgestellt wurde. Auf dem Gipfel wurde – nur wenige Stunden vor der Tagung des Europäischen Rates – mit KOM-Präsidenten José Manuel Barroso, Sozialkommissar Vladimír Špidla, Ratspräsidenten Wolfgang Schäuble, Vertretern der kommenden Ratsvorsitze sowie hochrangiger Sozialpartner auf EU- und nationaler Ebene auch das neue Arbeitsprogramm der Sozialpartner für die nächsten drei Jahre erörtert.

http://www.etuc.org/IMG/pdf/Depliant_EN_HD2006-2008.pdf

EUGH: FAMILIENANGEHÖRIGE VON GRENZGÄNGERN HABEN ANSPRUCH AUF PFLEGE GEGELD

In der Rechtssache C-286/03 hat der EuGH mit Urteil 21.02.2006 (Hosse / Land Salzburg) entschieden, dass der schwer behinderten Tochter des in Deutschland mit ihr wohnenden, aber in Österreich arbeitenden Klägers Sven Hosse ein eigener Anspruch auf Pflegegeld nach dem Gesetz des Landes Salzburg zusteht. Hierbei handele es sich nicht um eine sog. beitragsunabhängige Sonderleistung, sondern um eine Leistung bei Krankheit im Sinne der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71. Diese Nennung der Leistung in der VO allein reiche jedoch für sich allein nicht aus, um das fragliche Pflegegeld vom Geltungsbereich der Verordnung auszunehmen. Die Ausnahmenvorschriften der Verordnung, die bestimmte Sonderleistungen von deren Geltungsbereich ausnehmen, sei nämlich eng auszulegen.

EUROPÄISCHER RAT VOM 23./24.03.2006: GESCHÄFTSBEREICH DES STAATSMINISTERIUMS FÜR UNTERRICHT UND KULTUS

Die Schlussfolgerungen zur Tagung des Europäischen Rates am 23./24.03.2006 umfassen hinsichtlich des Geschäftsbereichs des StMUK keine neuen Aspekte.

EUROPÄISCHER RAT VOM 23./24.03.2006: GESCHÄFTSBEREICH DES STAATSMINISTERIUMS FÜR WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND KUNST

Der Europäische Rat verständigte sich darauf, bis Ende 2007 im Rahmen der neu belebten Lisbon-Strategie vorrangige Maßnahmen in verschiedenen spezifischen Bereichen durchzuführen. Einer dieser Bereiche zielt auf die Erreichung größerer Investitionen in Wissen und Innovation und bedeutet z.B. im Bereich Forschung die zügige Annahme des 7. Forschungsrahmenprogramms (7. FRP - 2007-2013) sowie die zügige Errichtung des Europäischen Forschungsrates – ERC, im Bereich der Entstehung eines dynamischen Umfeldes die Beseitigung noch bestehender Hindernisse für eine geografische und sektorübergreifende Mobilität der Forscher sowie die Verbesserung der Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen für Forscher, im Bereich der Investitionen in die allgemeine und berufliche Bildung die Vereinfachung des Zugangs für Universitäten zu ergänzenden und privaten Finanzierungsquellen sowie den Abbau von Hindernissen für Partnerschaften zwischen dem öffentlichen Sektor und der Privatwirtschaft. Der Europäische Rat richtete ferner die Aufforderung an die Kommission zur Vorlage eines Vorschlags bis Mitte Juni 2006 für die weiteren Schritte zur Errichtung eines Europäischen Technologie-Instituts – EIT.

STRATEGIEPLANUNG DER KOMMISSION FÜR 2007: GESCHÄFTSBEREICH DES STAATSMINISTERIUMS FÜR WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND KUNST

Die Kommission plant im Rahmen der Umsetzung ihres strategischen Zieles „Wohlstand“ für das Jahr 2007 folgende vorrangigen Maßnahmen: den Start des 7. Forschungsrahmenprogramms (7. FRP – 2007-2013) und die Schaffung eines attraktiven Binnenmarktes für Forscher sowie die Verbesserung der universitätsbasierten Forschung.

FORSCHUNG: ERGEBNISSE DER TAGUNG DES RATES FÜR WETTBEWERBSFÄHIGKEIT AM 13.03.2006 IN BRÜSSEL

Auf der zurückliegenden Tagung des Wettbewerbsrates wurden im Forschungsteil keine neuen Ergebnisse erzielt. Die zuständigen Vertreter der Mitgliedstaaten führten einen Meinungsaustausch zu den Spezifischen Programmen des künftigen 7. Forschungsrahmenprogramms (7. FRP – 2007-2013) durch, der hauptsächlich bereits bekannte Positionen wiedergab. Er billigte dabei die wesentlichen wissenschaftlich-technischen Inhalte der Programme „Kooperationen“, „Ideen“, „Gemeinsame Forschungsstelle - EG-Teil“ und „Gemeinsame Forschungsstelle – Euratom-Teil“.

Weitere Themen waren das Europäische Technologie-Institut - EIT, Fragen der Bioethik, der Programmverwaltung, des Europäischen Forschungsrates, die Beteiligungsregeln sowie das weitere Verfahren zur Annahme des 7. FRP.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

STRATEGIEPLANUNG DER KOMMISSION FÜR 2007: GESCHÄFTSBEREICH DES STAATSMINISTERIUMS FÜR UMWELT, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Am 14. März 2007 hat die Europäische Kommission ihre jährliche Strategieplanung für 2007 vorgelegt. Das StMUGV ist im Bereich Energie- und Ressourceneffizienz, Klimaschutz, Chemikaliensicherheit, Arbeitsschutz, nachhaltige Entwicklung, Naturschutz, Gesundheit, Lebensmittelsicherheit, Tiergesundheit und Tierschutz berührt.

BAYERISCHER UMWELTMINISTER SPRICHT IM EP ZUM HOCHWASSERSCHUTZ

Am 20. März 2006 luden der Umwelt-, Regional- und Landwirtschaftsausschuss des EP zu einer öffentlichen Anhörung zum Thema „Mögliche Strategie Europas zum Schutz vor Naturkatastrophen“ in das Europäische Parlament in Brüssel ein. Neben den Beiträgen der Ausschussvorsitzenden und des österreichischen Landwirtschaftsministers, *Josef Pröll*, stellte der bayerische Umweltminister *Dr. Werner Schnappauf* das Problemfeld Hochwasser dar.

http://www.europarl.eu.int/comparl/envi/hearings/natural_disasters/default_en.htm

PLENARSITZUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS IN STRAßBURG, 13. – 16. MÄRZ 2006

Auf der Plenarsitzung des EP vom 13. – 16. März standen die EU-Strategie für Quecksilber, der Katastrophenschutz und Solidaritätsfonds sowie das Europäische Aktionsprogramm Gesundheit und Verbraucherschutz auf der Tagesordnung. Letzteres wurde abgelehnt. Das EP fordert weiterhin zwei getrennte Programme.

PERSONALENTSCHEIDUNG IM BEREICH UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Europäische Lebensmittelbehörde erhält neue Direktorin

Frau *Catherine Geslain-Lanéelle* wird die zukünftige Exekutivdirektorin der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit mit Sitz in Parma. Der Abschluss des kompletten Berufungsprozesses wird im Sommer 2006 sein.

***Achim Steiner* wird neuer Leiter der Uno-Umwelt-Behörde – UNEP**

Der 44-jährige *Achim Steiner* wurde vom Generalsekretär der Vereinten Nationen, *Kofi Annan*, zum Nachfolger von Klaus Töpfer als Leiter des Uno-Umweltprogramms UNEP mit Sitz in Nairobi ernannt.

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

EUROPÄISCHER RAT VOM 23./24. MÄRZ 2006: GESCHÄFTSBEREICH INFORMATIONEN-, KOMMUNIKATIONS- UND MEDIENPOLITIK

Der Europäische Rat fordert für die Informations- und Kommunikationstechnologien eine zielgerichtete, effiziente und integrierte Politik sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene und fordert Kommission und Mitgliedstaaten auf, die neue i2010-Strategie tatkräftig umzusetzen; der Rat ist ferner der Ansicht, dass die Senkung der Mobilfunk-Roamingkosten von Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit ist.

STRATEGIEPLANUNG DER KOMMISSION FÜR 2007: GESCHÄFTSBEREICH INFORMATI- ONS-, KOMMUNIKATIONS- UND MEDIENPOLITIK

Zu den strategischen Schwerpunkten des Jahres 2007 zählen u.a. der Start des Siebten Forschungsrahmenprogramms, des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation, des Filmförderprogramms MEDIA 2007, die Entwicklung eines gemeinschaftlichen Konzepts über Frequenzzuweisungen für die Drahtloskommunikation sowie die Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien zur Förderung der sozialen Integration.

http://europa.eu.int/comm/secretariat_general/regdoc/liste.cfm?CL=de

BEIHILFENKONTROLLE – KOMMISSION EINIGT SICH MIT PORTUGAL ÜBER FINANZIE- RUNG DES ÖFFENTLICH-RECHTLICHEN RUNDFUNKS

Nachdem Portugal zugesagt hat, die Finanzierung der staatlichen Rundfunkanstalt RTP transparenter zu gestalten und Maßnahmen gegen finanzielle Überkompensation der unter den öffentlichen Auftrag fallenden Angebote zu gewährleisten, hat die Kommission das Beihilfverfahren eingestellt.

<http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/06/349&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

SPORTRECHTE UND EUROPÄISCHES KARTELLRECHT – EINIGUNG IM STREIT UM DIE ZENTRALVERMARKTUNG DER PREMIER LEAGUE-TV-RECHTE

Die Generaldirektion Wettbewerb setzt ihren Kurs fort, bei der Zentralvermarktung hochrangiger Sportereignisse die Rechteinhaber dazu zu veranlassen, die Direktübertragungsrechte für das Fernsehen in mehrere Pakete aufzuteilen und diese separat zu versteigern, wobei kein Bieter alle Pakete erwerben darf: Entsprechende Verpflichtungszusagen des englischen Ligaverbandes, die bis 2003 gelten sollen, wurden nunmehr von der Kommission für verbindlich erklärt.

<http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/06/356&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

INFORMATIONSGESELLSCHAFT – MOBILISIERUNG VERSCHIEDENER „POLITIKEN“ ZUR FÖRDERUNG DES BREITBAND-AUSBAUS

In einer Mitteilung analysiert die Kommission, wie das Telekommunikationsrecht gemeinsam mit struktur- und regionalpolitischen Instrumenten der Gemeinschaft dazu eingesetzt werden könnte, die Versorgung mit schnellem Breitband-Internetzugang, vor allem in weniger entwickelten Regionen, zu verbessern. Jegliche Förderung muss selbstverständlich mit den Vorgaben des Beihilferechts vereinbar sein.

Mitteilung:

<http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/06/340&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Weitere Informationen:

<http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/06/132&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

ECOMMERCE – BERICHT ZUR VERBREITUNG ELEKTRONISCHER SIGNATUREN

Obwohl alle Mitgliedstaaten die Richtlinie 1999/93/EG für elektronische Signaturen umgesetzt haben, wird die elektronische Unterschrift im Internet von den Verbrauchern nur zögerlich genutzt. Nachholbedarf besteht u.a. bei sicheren Softwareprogrammen, mit denen Unterschriften eindeutig erkannt werden können und bei grenzüberschreitend funktionierenden Systemen.

<http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/06/325&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

INFORMATIONSGESELLSCHAFT – KONSULTATION ZU FUNKETIKETTEN

Die Kommission hat eine Konsultation zu RFID (Radio Frequency Identification Devices) gestartet, die sich u.a. mit Fragen der Interoperabilität, des Verbraucherschutzes, der Normung sowie des Datenschutzes befasst und bis Ende 2006 in eine Mitteilung der Kommission münden soll.

<http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/06/289&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>